Beratungsfolge:

1. Sozialausschuss	16.10.2018	Vorberatung	N
2. Kreistag	25.10.2018	Entscheidung	Ö

08.10.2018 Diana E. Raedler_

gez. Dezernent / Datum

Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in der Kurzzeitpflege

I. Beschlusssentwurf:

Zur Verbesserung der Situation in der Kurzzeit- und Übergangspflege wird die Verwaltung beauftragt, folgende Maßnahmen umzusetzen bzw. anzustoßen:

1. Kurzfristige Maßnahmen

1.1. Erarbeitung eines Konzeptes zur zeitweisen Umwidmung bestehender stationärer Plätze für Kurzzeitpflege

2. Mittelfristige Maßnahmen

2.1. Schaffung finanzieller Anreize für die Bereitstellung von Kurzzeitpflegeplätzen. Die Verwaltung erarbeitet hierzu unter Einbeziehung der Träger der Altenhilfe kurzfristig eine Förderrichtlinie für eine Investitionskostenförderung.

In den Haushaltsplan 2019 wird dafür ein Betrag in Höhe von 1.000.000,00 € eingestellt.

2.2 Kooperation mit Heimträgern und gezielte Belegung

- 2.3 Entwicklung möglichst wohnortnaher alternativer Versorgungsformen mit Fokus auf Ambulantisierung
- 2.4 Ggf. Beantragung einer Förderung beim Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg für ein Kooperationsmodellprojekt „Integrierte Nachsorgeeinrichtung“

3. Langfristige Maßnahmen

- 3.1. Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Projekts „*Bedarfsgerechte Kurzzeit- und Übergangspflege in quantitativer und qualitativer Hinsicht*“.

II. **Kurzdarstellung der Sach- und Rechtslage:**

1. **Defizit in der Kurzzeitpflege**

Die Kurzzeitpflege ist ein zeitlich begrenztes stationäres pflegerisches Betreuungs- und Versorgungsangebot. Dieses Angebot wird aus zwei Gründen nachgefragt: Zum einen weil Angehörige aufgrund von Krankheit oder Abwesenheit die Versorgung vorübergehend nicht übernehmen können, zum anderen weil Pflegebedürftige für einen gewissen Zeitraum aufgrund eines kurzzeitig erhöhten Hilfebedarfes intensivere Unterstützung benötigen. Häufig schließt sich eine Kurzzeitpflege dieser Art an einen stationären Krankenhausaufenthalt (Übergangspflege) an.

Die Kurzzeitpflege ist für die pflegenden Angehörigen ein wichtiges Entlastungsangebot und für alleinlebende Senioren ein bedeutsames Hilfsangebot. Die zur Verfügung stehenden Kurzeitpflegeangebote werden immer stärker genutzt. Gleichzeitig geht das Angebot der Kurzzeitpflegeplätze zurück.

Gründe dafür sind:

- die steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen
- die politisch gewollte Stärkung der ambulant pflegerischen Versorgung
- die Änderungen gesetzlicher Rahmenbedingungen im Leistungsrecht
- erhöhter Bedarf an Nachsorge entsprechend der Rückmeldungen der Krankenhäuser

Erhebungen im Rahmen des Seniorenpolitischen-Konzepts haben gezeigt, dass die kurzfristig verfügbaren und die längerfristig planbaren Kurzzeitpflegeplätzen im Landkreis Ravensburg nicht ausreichen. Ein dringlicher Handlungsbedarf wurde festgestellt.

Im Rahmen der politischen Diskussion (Sitzungen des Kreistages am 22.03.2018 sowie am 16.04.2018) wurde die Verwaltung durch folgenden Beschluss beauftragt, die Situation in der Kurzzeitpflege durch geeignete Maßnahmen rasch zu verbes-

sern:

- 1.) *Dem Seniorenpolitischen Konzept wird zugestimmt.*
- 2.) *Die Umsetzung einzelner Handlungsempfehlungen erfolgt nach Beschlussfassung im zuständigen Gremium.*
- 3.) *Die Verwaltung wird insbesondere damit beauftragt, die Verbesserung der Kurzzeitpflege, insbesondere die Erhöhung der Zahl der Plätze zeitnah aufzuarbeiten und den Kreisausschüssen konkrete Umsetzungsvorschläge zu unterbreiten. Zu diesem Zweck wird ein ‚Runder Tisch Kurzzeitpflege‘ gebildet.*
- 4.) *Die Verwaltung nimmt in Kooperation mit der aku GmbH am ‚Innovationsprogramm Pflege 2018‘ des Bundesministeriums für Soziales und Integration teil.*

Zwischenzeitlich wurde ein „Runder Tisch Kurzzeitpflege“ eingerichtet, der sich bislang dreimal getroffen hat. Teilnehmer sind Vertreter aus dem Bereich der Altenhilfe sowie der AOK Bodensee-Oberschwaben, der Caritas Bodensee-Oberschwaben, der Gemeinden, des Kreisseniorerats, der Oberschwabenklinik gGmbH, des ZfP Südwürttemberg und der Kreisverwaltung. Zur letzten Sitzung am 7.09.2018 waren auch die Fraktionsvorsitzenden sowie sozialpolitischen Sprecher der Kreistagsfraktionen eingeladen.

Der „Runde Tisch Kurzzeitpflege“ hat folgende Rahmenbedingen zur Verbesserung der Kurzzeitpflege benannt:

- a) Auskömmliche Finanzierung
- b) Einflussnahme auf Kreisebene ist beschränkt, zentrale Stell-schrauben sind auf Landes-, bzw. Bundesebene.
- c) Fachkräftemangel behindert Schaffung neuer Angebote bzw. Nutzung Verfügbarkeit bereits vorhandener Angebote
- d) Es muss zwischen kurz-, mittel-, und langfristigen Handlungsoptionen zur Verbesserung der Situation unterschieden werden.

Unter Berücksichtigung dieser Rahmenbedingungen wurden Handlungsoptionen zur Verbesserung der Situation erarbeitet.

2. Vorschläge des Runden Tisches

2.1 Schaffung von finanziellen Anreizen mit Hilfe von Kreiszuschüssen

(Betriebskostenzuschuss) zur Reduzierung des betriebswirtschaftlichen Risikos der Pflegeeinrichtungen.

- Nur eine noch zu definierende, begrenzte Anzahl von Plätzen bezuschussen, die vorrangig mit Bewohnern aus dem Landkreis Ravensburg belegt werden.
- Orientierung an der Vorgehensweise im Landkreis Lindau: Hier wird von der Kreisverwaltung ein Betriebskostenzuschuss von 3500 € jährlich pro Kurzzeitpflegeplatz sowie 18 € Zuschuss pro tatsächlich belegten Kurzzeitpflegeplatz

gewährt. Im Haushalt 2019 des Landkreises Lindau sind insgesamt 160.000 € dafür vorgesehen. Der Kreistag hat den Beschluss darüber einstimmig gefasst. Es handelt sich in Lindau um zusätzlich in den Sozialetat eingebrachte Mittel.

b. Errichtung solitärer Kurzzeitpflegeeinrichtungen, - stationen

Es sollte in zwei Richtungen geplant werden:

1. Errichtung von Kurzzeitpflegezentren und 2. Schaffung weiterer dezentraler, wohnortnaher Angebote im Landkreis.

2.3 Kooperation mit Heimträgern und gezielte Belegung

- Hinweis der Träger, dass in vielen Einrichtungen über das Jahr hinweg mehr Kurzzeitpflegeplätze angeboten bzw. Kurzzeitpflegegäste versorgt würden, als es ausgewiesene Kurzzeitpflegeplätze gibt. Von daher sei die oft geäußerte Vermutung, alle Kurzzeitpflege-Plätze seien mit Dauerpflegegästen belegt, pauschal nicht haltbar.
- Eine Belegungssteuerung, die die Suche nach einem Heimplatz vereinfacht, z.B. über ein Ampelsystem, das freie Plätze anzeigt, wäre eine enorme Entlastung. Allerdings sei dies aktuell nicht zielführend, da es kaum freie Plätze gebe, die angezeigt werden können. Dennoch solle die Entwicklung solch eines Systems im Blick behalten werden.
- Über das Portal (<https://www.pflegeboersen.de/startseite.html>) könnten Pflegeheime derzeit bereits freie Heimplätze eintragen.
- Belegungssteuerung ist gedacht als gezielte Kooperation von ausgewählten Einrichtungen mit den Krankenhäusern => Vorhaltung von Betten.

2.4 Entwicklung alternativer Versorgungsformen

- Kurzzeitpflege auch ambulant denken.
- Nicht nur auf die Zielgruppe der Senioren schauen, sondern auch andere Zielgruppen bei der Konzeptentwicklung bedenken, z.B. Jüngere Hilfebedürftige ohne Familienbindung.
- Prüfung des Angebotes von „Gastfamilien“, wenn es um Urlaubspflege geht.
- Fokus deutlich auf Verbesserung/ Aufbau/Weiterentwicklung der ambulanten Versorgungsstrukturen richten. Viele Menschen würden fälschlicher Weise im Krankenhaus landen, da ambulante Strukturen nicht ausreichend vorhanden seien.
- Verweis auf das verabschiedete *Seniorenpolitische Konzept*, das den Schwerpunkt auf die Sozialraumorientierung und Quartiersentwicklung legt. Es müssten Netzwerklösungen gefunden werden.
- Hinweis auf das erfolgreiche Konzept *Buurtzorg* (<https://www.buurtzorg.com/>) aus den Niederlanden.

- Träger sollten stärker in die Verantwortung genommen werden, sich mehr im Bereich Quartiersentwicklung zu betätigen, z.B. Pflegeeinrichtungen für das Gemeinwesen öffnen.

2.5 Kurzzeitpflege-Konzepte zur zeitweisen Umwidmung bestehender Plätze

- Die Träger sollen auf diese Option aufmerksam gemacht und angehalten werden, entsprechende Konzepte zu erarbeiten.
- Hinweis, dass durch diese Option die Anzahl der Dauerpflegeplätze sowie Kurzzeitpflegeplätze insgesamt nicht steige.
- Es sollte ein Schreiben der Kreispolitik an die Landespolitik geben, um Erleichterungen von der Landesheimbau-VO einzufordern.

2.6 Erleichterung des Fachkraftzuzuges aus dem Ausland

Wurde nicht weiter diskutiert.

2.7 Bürokratieabbau

Wunsch war es, fachliche Vorgaben zur Dokumentation bei Kurzzeitpflege im Landkreis zu lockern und zur konkreten Ausgestaltung der Option einen Arbeitskreis mit Vertretern der Träger und der Heimaufsicht einzusetzen.

2.8 Ggf. Antragstellung auf Förderung eines Kooperationsmodellprojektes „Integrierte Nachsorgeeinrichtung“ beim Sozialministerium Baden-Württemberg

Im Landkreis Reutlingen wird eine „Integrierte Nachsorgeeinrichtung“ konzipiert. Das Konzept umfasst drei Module: Medizinische Versorgung, Prävention und Kurzzeitpflege. Eine Kooperation mit eventueller gemeinsamer Antragstellung wird derzeit geprüft.

2.9 Aufbau eines hoch spezialisierten Dienstes „Mobile Pflegeexperten“

Sowohl Pflegeeinrichtungen als auch ambulante Dienste sowie pflegende Angehörige müssen befähigt werden, mit den unterschiedlichsten „Bedarflagen“ Pflege- und Hilfebedürftiger umzugehen (vgl. CHI).

3. Wertung

Nicht alle der oben aufgeführten Handlungsoptionen sind zielführend und realisierbar. Daher erfolgte eine Auswahl der realisierbaren Optionen sowie eine Unterscheidung in kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen durch die Verwaltung in Abstimmung mit den Mitgliedern des Runden Tisches.

3.1 Kurzfristige Maßnahmen

a) Konzepte zur zeitweisen Umwidmung bestehender stationärer Plätze für Kurzzeitpflege

Vorschlag: Die Heimaufsicht erteilt für Kurzzeitpflegeplätze bei entsprechendem Konzept bereits regelhaft Befreiungen von den Vorgaben der LHeimBauVO.

3.2 Mittelfristige Maßnahmen

- a) **Schaffung von finanziellen Anreizen für Träger für die Schaffung neuer Kurzzeitpflegeplätze**, ergänzend zu den Entwicklungen auf Landes- und Bundesebene, d.h. Verbesserung des Angebots an Kurzzeitpflegeplätzen mit Hilfe von Kreiszuschüssen (Investitionskostenzuschuss statt Betriebskostenzuschuss)

Vorschlag:

Die Verwaltung erarbeitet unter Einbeziehung der Träger der Altenhilfe eine Förderrichtlinie zur Investitionskostenförderung.

- b) **Kooperation mit Heimträgern und gezielte Belegungssteuerung im Sinne einer Belegungsgarantie.**

Vorschlag: Belegungssteuerung in Kooperation mit Heimträgern, gedacht als gezielte Kooperation von ausgewählten Einrichtungen mit den Krankenhäusern, die Zimmer bzw. Betten vorhalten. Dies ist vor allem möglich bei neuen Einrichtungen/Plätzen. Aktuell sind bestehende Plätze in der Regel bereits belegt. Träger müssen daher gezielt angeschrieben und deren Bereitschaft abgefragt werden.

- c) **Entwicklung alternativer Versorgungsformen:** z.B. Pflegehotel, Kurzzeitpflege in Gastfamilien, „ambulante Übergangspflege“, Stärkung von Pflegenden Angehörigen, Aufbau eines hoch spezialisierten Dienstes „Mobile Pflegeexperten“.

Vorschlag: Neue ambulante Angebote prüfen. Als Entscheidungsgrundlage sollen die Empfehlungen auf Landesebene sowie die Ergebnisse der qualitativen und quantitativen Bedarfserhebung des Projektes des Landkreises mit der *aku GmbH* abgewartet werden.

- d) **Ggf. Beantragung einer Förderung für ein Kooperationsmodellprojekt „integrierte Nachsorgeeinrichtung“** im Rahmen des landkreisübergreifenden Modellprojektes „Sektorenübergreifende Versorgung“

Vorschlag: Weitere Abstimmungen mit dem Landkreis Reutlingen, dem Gesundheitsamt und der Oberschwabenklinik vornehmen.

3.3 Langfristige Maßnahmen

Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Modellprojekts „Bedarfsgerechte Kurzzeit- und Übergangspflege in quantitativer und qualitativer Hinsicht“ Eine Zuwendung des Landes in Höhe von **147.850 €** wurde bewilligt. Die Projektlaufzeit beträgt drei Jahre. Insgesamt besteht das Projekt aus drei Phasen:

- a) Quantitative und qualitative Bedarfserhebung
- b) Konzeptentwicklung mit Finanzierungsklärung
- c) Konzeptumsetzung

Mit dem Projekt wurde im August 2018 begonnen. Die Zuwendung des Landes wird vollumfänglich eingesetzt, um das Honorar *aku GmbH*, Bad Dürkheim, zu

begleichen, die mit der Projektumsetzung beauftragt wurde.

Von der Landkreisverwaltung wurden kalkulatorisch Personalkosten und Sachkosten in Höhe von insgesamt 20.000 € (gesamte Projektlaufzeit) eingeplant. Die Mittel wurden bereits in den Haushalt eingestellt. Für das Frühjahr 2019 ist ein Fachtag vorgesehen, bei dem Ergebnisse der Bedarfserhebung präsentiert, sowie das Projekt der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt werden sollen. Die fachliche Begleitung dieses wichtigen Modellprojektes übernimmt ein Projektbeirat. Der Projektbeirat soll an der Konzeptentwicklung mitwirken und die notwendigen leistungs- und gegebenenfalls ordnungsrechtlichen Klärungen unterstützen. Im Projektbeirat werden Vertreter des Ministerium für Soziales und Integration, des Landkreistages, der Pflegekassen, der Trägerverbände auf Landesebene, Beratungsstellen und Trägervertreter vor Ort, Oberschwabenklinik gGmbH, *aku GmbH* und die Landkreisverwaltung vertreten sein.

Vorschlag: Ergebnisse nach Abschluss des Projektes mit Rundem Tisch auf Umsetzbarkeit diskutieren. Die Förderung des Landes ist die zweithöchste Summe, die für strukturelle Projekte im Rahmen des Innovationsprogramms Pflege 2018 aufgebracht wird (**Anlage 1**). Das Projekt setzt an mittelfristigen Handlungsoptionen (Errichtung solitärer Kurzzeiteinrichtungen) und an langfristigen Handlungsoptionen (Entwicklung alternativer Versorgungsformen) an.

4. Als nicht zielführend bzw. realisierbar schätzt die Verwaltung folgende Handlungsoptionen bzw. Vorschläge ein:

a) Bürokratieabbau auf Landkreisebene

z.B. Senkung der fachlichen Vorgaben für Heimträger bei der Dokumentation
Bewertung: Bundes- und landespolitische Gesetzesvorgaben beschränken die Einflussnahme der Kreisverwaltung hierzu.

b) Schaffung von finanziellen Anreizen durch die Gewährung eines Betriebskostenzuschusses.

Bewertung: Der Ausstieg aus einer Betriebskostenförderung ist schwierig. Eine investive Förderung für neue Plätze wäre nachhaltiger und es würden auch keine bestehenden Plätze verdrängt.

c) Errichtung von solitären Kurzzeitpflegeeinrichtungen oder Kurzzeitpflegestationen, um dezentrale und wohnortsnahe Angebote im Landkreis zu stärken.

Bewertung: Finanzierung fraglich. Eventuell besteht die Chance einer Realisierung im Falle einer Investitionskostenförderung durch den Landkreis. Dann erneute Diskussion.

III. Finanzielle Auswirkungen:

1. Kurzbeschreibung

Im Kreishaushalt 2019 werden Mittel für die Vorhaltung von Kurzzeit- und Übergangspflegeplätzen eingeplant.

2. Haushaltspositionen

Teilhaushalt / Dezernat	3	Arbeit und Soziales
Unterteilhaushalt / Amt	31	Sozial- und Inklusionsamt
Produktgruppe	3160	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
Kontierungsobjekt	731005602000	Förderung durch Zuschüsse

3. Finanzierung im Kreishaushalt

Investiv (Auszahlung)

Sachkonto 78180000 Investitionszuschüsse an übrige Bereiche

Haushaltsjahr 2019

Planansatz/Deckungsmittel 1.000.000 €

gez. Sybille Schuh / 08.10.2018

gez. (Name Amtsleitung FI / (Datum)

Anlage 1 :

Projektliste_Innovationsprogramm-Pflege-2018